

SPD UB-Parteitag 01.04.2014

Antrag I 1

Status: beschlossen in geänderter Form

Antragsteller AK Friedens- und Sicherheitspolitik

Titel Eine SPD-Strategie für eine internationale Politik

..... Deutschlands für Frieden und nachhaltige Entwicklung

- 1 Die internationale Lage befindet sich in einem Umbruch wie seit Jahrzehnten nicht.
- 2 Gleichzeitig steht die Menschheit vor globalen Herausforderungen, die sie nur gemeinsam
- 3 bewältigen kann. Mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA treten jedoch
- 4 militärisches Denken sowie ein Rückzug aus globaler Verantwortung in den Vordergrund. Wir
- 5 sehen die Gefahren, die von einem möglichen US-amerikanischen Isolationismus, der
- 6 geplanten nuklearen Aufrüstung und Befürwortung von Kriegen ausgehen. Das ist der falsche
- 7 Weg.
- 8 Wir halten es deshalb für erforderlich, die folgenden Punkte in den internationalen Teil des
- 9 SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017 aufzunehmen, ohne damit den Anspruch
- 10 zu verbinden, alle Bereiche einer sozialdemokratischen internationalen Politik abzudecken.
- 11 Entsprechende Änderungsanträge an den Bundesparteitag sollen formuliert und eingebracht
- 12 werden, wenn der Entwurf des Wahlprogramms vorliegt.
- 13
- 14 Kernpunkte für das internationale SPD-Wahlprogramm:
- 15
- 16 Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und
- 17 multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen
- 18 Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns für einen grundlegenden
- 19 Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem
- 20 friedenspolitischen Ansatz aus.
- 21 Eine sozialdemokratische Regierung wird daher – unter breiter Beteiligung – ein
- 22 entsprechendes Konzept erarbeiten und jährlich einen Bericht über ihre internationale Politik
- 23 der Friedensförderung vorlegen, ähnlich wie bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Damit
- 24 haben alle Politikbereiche die Chance und Aufgabe, die friedensförderliche Bedeutung ihrer
- 25 politischen Maßnahmen darzustellen.
- 26 Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die
- 27 Entspannungspolitik muss wiederbelebt werden. Ein Konzept deeskalierender und
- 28 vertrauensbildender Maßnahmen sollte erarbeitet und eine europäische Friedenskonferenz
- 29 (unter Einbeziehung der USA, Kanadas und Russlands) unverzüglich einberufen werden. Es
- 30 muss alles unternommen werden, die sich abzeichnende Gewaltspirale zu stoppen und ein
- 31 Wettrüsten – sowohl konventionell wie atomar – in Europa zu verhindern. Eine nachhaltige
- 32 Stärkung der OSZE im Rahmen ziviler Konfliktbewältigung ist anzustreben.
- 33
- 34 Die internationale Politik der EU muss deutlich gestärkt und kohärenter gestaltet werden, ggf.
- 35 auch in einem Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Dies schließt sowohl die GASP als

SPD UB-Parteitag 01.04.2014

Antrag I 1

Status: beschlossen in geänderter Form

Antragsteller AK Friedens- und Sicherheitspolitik

Titel Eine SPD-Strategie für eine internationale Politik

36 auch die anderen Außenbeziehungen (EU-Kommission) ein. Ein ständiger UN-
37 Sicherheitsratssitz für die EU ist anzustreben.
38 Die EU muss ihre Fähigkeiten der zivilen Konfliktlösungen stärken und eine wirksame
39 Arbeitseinheit „Friedensförderung“ im Europäischen Auswärtigen Dienst einrichten -zur
40 Entwicklung einer friedenspolitischen strategischen Antwort der EU zu Konflikten. Deutschland
41 soll das 2014 ins Leben gerufene Europäische Friedensinstitut unterstützen.
42
43 Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden, einschließlich einer deutlichen Aufstockung
44 der Bundeswehrebeteiligung an Blauhelm-Missionen. Sonstige Auslandseinsätze der
45 Bundeswehr wie auch im Rahmen der EU dürfen nur mit UN-Mandat durchgeführt werden.
46
47 Gegenüber von Genozid bedrohten Menschen und Personengruppen wird Deutschland seine
48 Schutzverantwortung vor allem durch Prävention und zivile Maßnahmen mit mehr Nachdruck
49 wahrnehmen, insbesondere durch intensive Absprachen mit verbündeten Staaten.
50 Im Auswärtigen Amt ist ein permanenter Arbeitsstab einzurichten, der übergreifende Länder-
51 und Konfliktanalysen erstellt und deren Monitoring übernimmt.
52 Frühwarnsysteme und die sogenannte „early action“ müssen vorangebracht werden.
53 Die Mittel für Friedensförderung und Konflikttransformation werden deutlich und nachhaltig
54 aufgestockt.
55 Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen entsprechend dem Beschluss des Deutschen
56 Bundestages aus Deutschland abgezogen werden. Eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr
57 als Antwort auf US-Überlegungen zur Reduzierung oder Aufhebung des amerikanischen
58 atomaren Schutzes für Europa ist der falsche Weg. Deutschland soll sich an den Verhandlungen
59 zum Vertrag über ein Verbot von Nuklearwaffen (Nuclear Ban Treaty) beteiligen.
60
61 Es soll keine Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr um ihrer selbst willen geben; dies
62 darf zudem nicht zu Lasten der Sozialausgaben sowie der notwendigen
63 Infrastrukturinvestitionen gehen. Mit mehr Mitteln für Militärausgaben können wesentliche
64 Sicherheitsgefahren (Armut, Hunger, Klimawandel, terroristische Bedrohungen) nicht gebannt
65 werden.
66
67 Alle Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten müssen gestoppt werden. Unabhängig
68 davon müssen Waffenexporte generell deutlich und dauerhaft reduziert werden.